

LTW 4 LTW-Programm - WELTOFFEN

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2016
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm
Thema: Landtagswahlprogramm
Status: Modifiziert

3. WELTOFFEN

1 Unser Land ist ein freiheitliches Land, es verändert sich fortwährend. Wir haben
2 das Privileg, in einer offenen Gesellschaft zu leben. Sie gibt uns die Freiheit, in
3 Verantwortung mit anderen, unser Gemeinwesen zu gestalten. Freie Entfaltung der
4 Persönlichkeit, unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile, weltoffen in
5 Vielfalt – das ist unser Programm.
6

7 Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische
8 Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten
9 Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten
10 wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren
11 sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

12 Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen
13 Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt.
14 Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der
15 Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger*innen
16 sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen
17 lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das
18 ist anstrengend und herausfordernd.

19 Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und
20 Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn
21 soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für
22 antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und
23 Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders
24 Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende aus anderen Ländern. Die
25 zunehmende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzung, zur Zeit noch
26 außerhalb der Parlamente, und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in unserem
27 Land bestürzen uns. Wir werden dem entschieden entgegentreten.

28 Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und
29 Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und
30 Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft
31 ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder
32 verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von
33 Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-
34 Holsteiner*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU soll demokratischer und sozial werden

37 Wir Schleswig-Holsteiner*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa
38 liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von
39 einem starken Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE
40 stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

41 Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und
 42 hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Gerade wird
 43 Europa an seinen Rändern von militärischen Konflikten in Spannung gebracht, alte
 44 und neue Blockbildungen lassen das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische
 45 Präsenzen haben sich verstärkt, wirtschaftliche und politische Sanktionen sind
 46 wieder zum Mittel der Politik geworden. Dagegen setzen wir die Notwendigkeit
 47 verbaler Abrüstung zwischen Konfliktstaaten, Verhandlungsfähigkeit,
 48 Dialogbereitschaft und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

49 Die EU ist – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der Briten – auch in ihrem
 50 Bestand und ihrer Entwicklung unter Druck geraten. Die Fliehkräfte kommen nicht von
 51 ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen
 52 Politiker*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht,
 53 was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit
 54 über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für
 55 uns ist die Europäische Union entschieden mehr als ein reines Wirtschaftsprojekt,
 56 das vor allem die Interessen von international agierenden Banken und Großkonzernen
 57 bedient, die ökonomische Barrierefreiheit und offene Märkte suchen. Die Europäische
 58 Union ist für uns immer auch ein kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den
 59 Menschen Frieden, Freizügigkeit und Wohllieben bringen soll. Europa als Sinnbild
 60 einer offenen, humanitär und tolerant gesinnten Gemeinschaft über innere wie äußere
 61 Grenzen hinweg: Wir GRÜNE arbeiten engagiert an diesem zukunftsorientierten Projekt
 62 mit. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische Union transparenter,
 63 demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir eine europäische
 64 Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur des Dialogs und
 65 der Verbindlichkeit.

66 **Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum**

67 Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche
 68 Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden.
 69 Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische
 70 Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge
 71 begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und
 72 in osteopolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser
 73 neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten
 74 Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum
 75 Ostsee.

76 **Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken**

77 Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu
 78 gestalten? Es geht darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte zu geben gegenüber
 79 der Kommission und dem Ministerrat. Wir werden aus unserem Land Schleswig-Holstein
 80 heraus die Möglichkeiten zu frühzeitiger Beteiligung an der europäischen
 81 Gesetzgebung nutzen. Auch die Einflussmöglichkeiten der europäischen
 82 Zivilgesellschaft wollen wir ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische
 83 Öffentlichkeit entstehen kann. Das und mehr setzen wir den EU-Skeptiker*innen und
 84 Renationalisierungsbestrebungen entgegen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und
 85 Teller, Faire internationale Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas
 86 Bürger*innen zeigen seit vielen Jahren, dass sie es verstehen, auch in Europa
 87 erfolgreich mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und Initiativen
 88 unterstützen.

89 **Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen**

90 Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen
91 grenzüberschreitenden Kulturräum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine
92 bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere
93 Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren
94 Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem
95 die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität
96 geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin
97 unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche
98 und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein
99 Europa erleben lassen.

100 **Mit Dänemark zusammenarbeiten**

101 Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir
102 haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen
103 eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Sowohl durch die Asylpolitik, als auch durch
104 die Wiedereinführung von Grenzkontrollen hat unser ansonsten gutes Verhältnis
105 jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark mit allen pro-europäischen
106 Kräften vernetzen und uns mit ihnen für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir
107 lehnen Grenzkontrollen zu Dänemark ab und wollen den grenzüberschreitenden
108 Arbeitsmarkt, den ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft
109 und Gesundheitswesen weiter voranbringen.

110 **Europas Regionen stärken Europa**

111 Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf
112 zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im
113 Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen
114 Parlament und den europäischen Institutionen. Wir nehmen die Herausforderung mit
115 einer zielstrebigem Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane
116 Flüchtlingspolitik sowie Wirtschafts- und Währungspolitik sind durch nationale
117 Abschottung nicht zu lösen. Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende
118 Kooperationen. Wir werden uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen
119 Europas austauschen und vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

120 **Die Kommunen fit für Europa machen**

121 Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die
122 Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig,
123 dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch
124 weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz
125 europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima,
126 soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

127 **Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen**

128 Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten
129 gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben.
130 Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-
131 Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und
132 den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere
133 Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame
134 Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die
135 Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel
136 zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen
137 kommen.

138 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder
139 als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft
140 bekommen können.

141 Wir werden uns bei der EU dafür verwenden, dass die Minderheitenbelange bei den
142 Grundrechten oder dem Geoblocking (regionale Blockierung von Internetangeboten)
143 stärker berücksichtigt werden.

144 **Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt**

145 Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere
146 Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch
147 Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben
148 daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem
149 Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der
150 Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch
151 angenommen. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, dass Minderheiten auch
152 bei Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen
153 in der Öffentlichkeit sichtbar werden.

154 **Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"**

155 Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser
156 Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der
157 Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die
158 Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen
159 Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr
160 wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge
161 oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik
162 wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder
163 Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für
164 alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das
165 abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable
166 Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern.

167 Wir wollen die erfolgreichen Projekte und Institutionen – wie das "Bündnis Eine
168 Welt", das Landesnetzwerk der Entwicklungszusammenarbeit, die vielen
169 Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften, Verbände- und
170 Wirtschaftspartnerschaften – weiter unterstützen. Um in der Partnerschaftsarbeit
171 noch breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen
172 Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

173 **Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA und TTIP**

174 Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler
175 Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein
176 Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst
177 multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler
178 Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen
179 Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und
180 demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen
181 unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes
182 und der Parlamente der Mitgliedsländer.

183 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
184 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt

185 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
 186 kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
 187 – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden
 188 wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Der
 189 Investor*innenschutz schadet unserer mittelständischen Wirtschaft, die sehr
 190 kostspieligen Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner
 191 Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-
 192 Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen
 193 die Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung
 194 auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine
 195 Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen
 196 können.

197 Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften mit anderen Regionen weltweit ist
 198 für Unternehmen und Bürgerinnen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE streben in
 199 Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den USA und
 200 Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer
 201 Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen.

202 **Auf den Punkt**

- 203 • *Wir werden* Europa demokratischer und sozial gestalten,
- 204 • Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- 205 • Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- 206 • mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- 207 • Nein zu Grenzkontrollen sagen,
- 208 • Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- 209 • Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- 210 • Nein sagen zu TTIP und CETA sagen, aber Kooperationsabkommen mit hohen
 211 Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innenstandards unterstützen.

212 **Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte** 213 **verteidigen**

214 Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die
 215 unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als
 216 800.000 Menschen sind vor Krieg, Mord und aus wirtschaftlicher Not geflohen.
 217 Deutschland hat sie aufgenommen. Allein wir in Schleswig-Holstein haben 35.000
 218 Menschen Zuflucht gegeben. Es war die Zivilgesellschaft, Menschen in Dörfern und
 219 Städten, die erste große Integrationsleistungen vollbrachten. Landespolitik und
 220 Kommunen haben dann die Erstversorgung sichergestellt. Jetzt gilt es, die
 221 Integration zu intensivieren.

222 Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen
 223 eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die
 224 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine
 225 falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik,
 226 die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

227 Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische
 228 Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Sie muss kontrolliert werden und zwar von

229 uns Europäer*innen und nicht von der Türkei. Die Registrierung von Flüchtlingen
230 soll nicht erst nach der oft tödlichen und durch Schlepper*innen organisierten
231 Flucht übers Meer stattfinden, sondern in den Aufnahmeeinrichtungen an den
232 europäischen Außengrenzen direkt. Und zwar durch das UN-Flüchtlingshilfswerk, das
233 humanitäre Visa ausstellt, die die legale und gesteuerte Einreise nach Europa
234 regeln.

235 Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.
236 Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die
237 flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark
238 zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung als auch
239 eine Herausforderung, das Miteinander zum Nutzen aller zu gestalten.

240 **Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende**

241 Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher
242 Standards. Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher*innen und
243 anwaltlicher Beistand müssen gewährleistet werden. Dabei darf es keine Rolle
244 spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept der sicheren
245 Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab.

246 Die guten Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten werden. Individuelle
247 Bedürfnisse von Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und Kindern, finden dabei
248 Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass
249 niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Viele Kommunen in
250 unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge aufzunehmen.

251 Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler
252 Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der
253 rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
254 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

255 Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung
256 besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften
257 Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

258 Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über
259 Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant*innen im
260 Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre
261 Aufnahme richtet sich nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen
262 Bedürfnissen.

263 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
264 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft und nächtliche
265 Abschiebungen als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und
266 unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in
267 Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

268 **Integration nachhaltig organisieren**

269 Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
270 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
271 Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein
272 lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein
273 breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und
274 Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem
275 Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen.

276 Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in
 277 Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert*innen werden wir fördern.
 278 Alles, was der Selbstertüchtigung der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

279 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
 280 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
 281 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
 282 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und
 283 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich
 284 am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der
 285 Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern.

286 Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die
 287 wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir erwarten, dass die Kommunen
 288 diese Pauschale tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden. Wir wollen, dass
 289 die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die
 290 Wohnsitzauflage sehen wir kritisch.

291 *Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):*

292 Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem
 293 Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des
 294 Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes
 295 sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

296 Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und
 297 Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche
 298 Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass
 299 auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

300 **Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken**

301 Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die
 302 Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welch großartige Hilfsbereitschaft in uns
 303 steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der
 304 Migrant*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen
 305 politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter
 306 ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen
 307 weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge
 308 muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

309 **Dialog mit den Religionen**

310 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
 311 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter
 312 Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen ernst
 313 genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt. Deshalb
 314 fordern wir die Einführung eines muslimischen Religionsunterrichtes, wo es möglich
 315 und nötig ist, der von staatlichen Lehrkräften erteilt wird. Langfristig soll es
 316 zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im Land kommen, ähnlich
 317 der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und Jüdischen Gemeinden
 318 bestehen.

319 **Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegenreten**

320 Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere
 321 freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus
 322 zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes im Bereich Salafismus

323 fortführen und noch wirksamer ausrichten. Verstöße gegen unsere Gesetze müssen von
324 den Behörden konsequent verfolgt werden.

325 **Auf den Punkt**

- 326 • *Wir werden* Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- 327 • Ehrenamt und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken,
- 328 • für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- 329 • Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

330 **Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine** 331 **bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken** 332 **Rechtsstaat**

333 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe
334 und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und
335 sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf
336 Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele
337 Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer
338 Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht,
339 aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen
340 Bedrohungen, als auch die individuellen Sorgen sehr ernst, wenden uns aber
341 entschieden gegen populistische Stimmungsmache oder gar Hetze. Wir reklamieren in
342 der Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen –
343 die Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit
344 vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

345 **Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei**

346 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
347 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen
348 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
349 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen
350 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
351 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf
352 deutscher und europäischer Ebene mit einer Polizei, die voll handlungsfähig ist,
353 sich den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft zu stellen. Wir wollen mehr
354 Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den
355 vergangenen Jahren haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine
356 Militarisierung der Innenpolitik, zum Beispiel durch die Diskussion um
357 Bundeswehreinätze im Innern, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir weiterhin auf
358 zielgerichtete Polizeiarbeit.

359 **Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter**

360 Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll
361 handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall
362 durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung von „Hate
363 Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist ein sinnfälliges
364 Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die
365 Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind.
366 Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders
367 schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung
368 erhöht die Sicherheit nicht und stellt eine zusätzliche Gefahr für ein

369 unbehelligtes Alltagsleben der Bürger*innen dar. Maßnahmen wie Quellen-
370 Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung lehnen wir solange als
371 unverhältnismäßige Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre
372 Verfassungskonformität nachgewiesen ist.

373 **Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern**

374 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
375 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
376 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
377 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle
378 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene
379 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
380 kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören
381 Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Zusammenhänge
382 zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung, Integration und
383 Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

384 **Unsere Grundrechte stärken**

385 Statt fortwährender Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau
386 unserer Bürger*innenrechte. Wir wollen das Justizministerium zu einem
387 Grundrechtministerium erweitern. Alle neuen Gesetze werden wir einem Grundrechte-
388 TÜV unterziehen.

389 Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und
390 Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze
391 wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

392 Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab.
393 Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive
394 Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung
395 der Videoüberwachung.

396 *Alternativen Verfassungsschutz*

397 *Alternative 1*

398 **Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern**

399 Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf
400 Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der
401 Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt
402 wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von
403 gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der
404 Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise
405 den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen
406 weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen
407 Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der
408 Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle
409 Informationen zugänglich zu machen.

410 *Alternative 2*

411 **Den Verfassungsschutz umwandeln**

412 Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU
413 Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen

414 Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die
415 Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer
416 Gesellschaft sein. Wie viele Expert*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein
417 wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament,
418 Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und
419 Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem
420 polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der
421 Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

422 **Unabhängige und funktionsfähige Justiz**

423 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
424 Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe
425 Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr
426 Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz
427 stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu
428 reformieren, moderne Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision
429 sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Damit das
430 Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die
431 Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

432 **Resozialisierung statt Repression**

433 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden
434 eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen,
435 Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber
436 hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die
437 Resozialisierung zu stärken.

438 **Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren**

439 Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.
440 Besitzer*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt,
441 während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal
442 erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik
443 wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis
444 straffrei stellen.

445 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
446 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
447 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

448 **Bürger*innenbeteiligung verbindlich machen**

449 Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die
450 Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur
451 Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für
452 Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für
453 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden.
454 Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre
455 gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

456 Bürger*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die
457 Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder
458 Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor
459 Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

460 **Gesetze verständlich machen**

461 Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen.
462 Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im
463 Internet abrufbar sein.

464 **Für eine bürgernahe und interkulturelle Verwaltung**

465 Wir wollen Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen Datenschutz und
466 interkulturelles Auftreten als Leitbild für unsere Verwaltung etablieren.

467 Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der
468 öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die
469 gegenseitiges Kennenlernen fördern.

470 **Datenschutz stärken – sichere Kommunikation ermöglichen**

471 Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger*innen mit den
472 Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit
473 Behörden zum Standard machen.

474 Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger
475 Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig höhere Daten- und
476 Verbraucherschutzstandards bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen
477 stellen. Das Unabhängige Landesdatenschutzzentrum (ULD) wollen wir stärken, um auch
478 kommenden Herausforderungen im Daten- und Verbraucherschutz gerecht zu werden.

479 Es gilt auszuloten, wie eine Balance aus dem Schutz personenbezogener Daten und
480 datengeleitetem Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann. Zu diesem
481 Zweck könnte man zum Beispiel anonymisierte Meldedaten nutzen, um den Bedarf an
482 Lehrer*innenstellen in einer Kommune präzise zu ermitteln.

483 Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber*innen (so genannte
484 Whistleblower*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

485 **Kommunen zukunftsfähig aufstellen**

486 Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders
487 kleinteilige Struktur. Wir wissen, dass in kleinen Gemeinden viele Aufgaben
488 hervorragend erfüllt werden. Daran wollen wir soweit möglich festhalten. In
489 Schleswig-Holstein haben aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer
490 komplexeren Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig
491 Aufgaben auf das Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu
492 lassen. Die Amtsausschüsse sind nicht direkt gewählt, ihnen fehlt die demokratische
493 Legitimation. Gleichzeitig zeigen die zahlreichen Verwaltungsgemeinschaften und
494 auch Fusionen in Schleswig-Holstein, dass die kommunale Landschaft in Bewegung ist:
495 Viele Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen
496 ihre Aufgaben erfüllen zu können.

497 Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in
498 Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich
499 dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

500 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
501 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den
502 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
503 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

504 **Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen**

505 Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran
 506 mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch
 507 wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von
 508 Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation
 509 auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So
 510 werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame
 511 Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung
 512 gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit
 513 großen Schritten voran.

514 **Demokratie@Digital**

515 Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer
 516 Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie)
 517 digitalisieren und den Bedarf von Bürger*innen-Servicezentren für die Verwaltung
 518 prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger*innen
 519 von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie
 520 Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene
 521 Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft.
 522 Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von
 523 Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des novellierten
 524 Informationszugangsgesetzes umsetzen.

525 Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen,
 526 offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

527 **Auf den Punkt**

- 528 • *Wir werden* auf ganzheitliche Kriminalprävention drängen zum Ersatz von
 529 Massenüberwachung, scharfer Sicherheitsgesetze und Repression,
- 530 • unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken,
- 531 • einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und ein Grundrechtministerium auf die
 532 Tagesordnung setzen,
- 533 • den Verfassungsschutz reformieren (Abstimmung!)
- 534 • Resozialisierung im Strafvollzug stärken,
- 535 • Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- 536 • Bürger*innenbeteiligung ausbauen,
- 537 • kommunale Strukturen reformieren,
- 538 • Whistleblower*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,
- 539 • länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

540 **Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist** 541 **unantastbar, das ist uns Verpflichtung**

542 Es ist geboten, dass wir uns noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer
 543 Gesellschaft auseinandersetzen. Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken,
 544 antirassistische Bildungsarbeit zu fördern und ausreichend Beratungszentren für
 545 Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten.

546 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken

547 Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive
548 Antirassismuserbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll
549 verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden.
550 Geschichtsunterricht soll unsere Schüler*innen auch über die deutsche
551 Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte
552 aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen
553 und unterstützen sie.

554 Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für
555 Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres
556 regionales Beratungszentrum in Neumünster.

557 Wir sind die Queer-Lobby

558 Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen
559 belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen
560 Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes
561 Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich
562 totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und
563 Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden
564 begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen
565 Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein
566 diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

567 Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle
568 Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen
569 (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig
570 gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden
571 unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen"
572 verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

573 Junge Menschen beim Coming Out unterstützen

574 Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne
575 Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt" und "Na
576 sowas" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, Schulaufklärungsprojekte im
577 ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und Fortbildung für den Umgang mit
578 sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

579 Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst

580 Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der
581 Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum
582 entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das
583 Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg
584 entwickeln.

585 Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen

586 In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch
587 verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre
588 Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des
589 Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen.

590 Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür

591 In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von
 592 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen
 593 darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie
 594 Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und
 595 Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

596 **Auf den Punkt**

- 597 • *Wir werden* die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die
 598 Antidiskriminierungsstelle stärken,
- 599 • ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und
 600 die bestehenden ausbauen,
- 601 • den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und
 602 Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- 603 • sexuelle Aufklärungsprojekte in den Schulen voranbringen,
- 604 • sexuelle Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung verankern,
- 605 • ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- 606 • LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

607 **Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams** 608 **zueinander bringen und Kreativität fördern**

609 Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE
 610 Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester,
 611 große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgter
 612 Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über
 613 Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept
 614 „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

615 **Kulturelle Integrationsprojekte unterstützen**

616 Wir fördern den interkulturellen Dialog mit Migrant*innen und beabsichtigen, sie
 617 stärker in der Kulturförderung zu berücksichtigen. Migrant*innen sollen auch in
 618 Beiräte und Jurys gewählt werden.

619 **Freiräume schaffen**

620 Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns
 621 deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker*innen ein, für freies Theater
 622 und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge
 623 Filmemacher*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt
 624 bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur
 625 Kommunikation.

626 **Denkmalschutz weiterentwickeln**

627 Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte
 628 Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der
 629 Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der
 630 Eigentümer*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der
 631 Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder
 632 Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz
 633 unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft

634 und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu
 635 erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein
 636 Spiegelbild ihrer Zeit.

637 **Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtssystems lebendig halten**

638 Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in
 639 unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische
 640 Bildungsfunktion zu. Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere
 641 Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden,
 642 nicht zuletzt personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer
 643 mahnenden Funktion gerecht werden können.

644 **Kulturelle Bildung fördern**

645 Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen
 646 Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir
 647 unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien
 648 Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler*innen.

649 **Filmförderung als Aushängeschild**

650 Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es
 651 werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit
 652 Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

653 Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem
 654 Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

655 **Kultur@Digital**

656 Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich.
 657 Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung
 658 kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

659 Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrecht, die den Kreativen zu
 660 Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt und das Ziel eines fairen
 661 Interessensausgleichs zwischen allen Beteiligten verfolgt. Die Anwendung von
 662 Creative Commons Lizenzen, (eine einfache Weise, Nutzungsrechte für
 663 urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir. Auch Werke, wie
 664 Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind unter Creative-
 665 Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

666 Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen.
 667 Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt
 668 bereitstellen.

669 Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel
 670 auch für die Entwicklung von Videospiele einzusetzen.

671 **Auf den Punkt**

- 672 • *Wir werden* den kulturellen Dialog mit Migrant*innen fördern und ihre Teilhabe
 673 sichern,
- 674 • Freiräume für Kulturarbeit schaffen,
- 675 • kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler*innen
 676 voranbringen,

- 677 • Filmförderung stärken,
- 678 • uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch
- 679 Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

680 **Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer**

681 **Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und**

682 **der Demokratie**

683 Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft aus Zeitung, Fernsehen, Radio,

684 Internet, ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Medien sichern

685 Meinungsvielfalt, erklären komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch

686 Recherchen gesellschaftliche Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen

687 Rundfunk wie für die privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und

688 facettenreiche Medienlandschaft sichern.

689 Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck:

690 durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt

691 wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende

692 Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

693 Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer

694 Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der

695 Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

696 Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem

697 junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form

698 oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im

699 Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer.

700 Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

701 **Journalistische Qualität fördern – analog wie digital**

702 Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich

703 verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien,

704 schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für

705 Journalist*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat

706 Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist*innen wie auch auf die

707 Meinungsvielfalt in unserem Land.

708 Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale

709 Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die

710 Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von

711 Kleinstverlagen.

712 Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich weitere Möglichkeiten zur

713 unabhängigen Information hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit,

714 dafür Medienkompetenz zu vermitteln.

715 **Medienkompetenz neu aufstellen**

716 Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025

717 soll für alle Schleswig-Holsteiner*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang

718 mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das

719 Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine

720 Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern

721 sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-

722 Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu

723 auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH
 724 (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die
 725 Verbraucherzentrale sowie die "Hackerszene".

726 Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle
 727 Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere
 728 Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

729 Wir begrüßen es, wenn Bürger*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote
 730 gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der
 731 Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für
 732 Bürger*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und
 733 Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

734 **Rundfunkangebote zukunftsfähig machen**

735 Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon
 736 jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder
 737 aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass
 738 das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird.
 739 Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online
 740 abzurufen sind.

741 Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass
 742 der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich
 743 tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter*innen sitzen. Den Einfluss der
 744 Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

745 Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und
 746 Minderheitensprachen ausstrahlt.

747 **Auf den Punkt**

- 748 • *Wir werden* einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-
 749 Holstein erarbeiten,
- 750 • neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,
- 751 • ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte
 752 zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,
- 753 • den Offenen Kanal stärken,
- 754 • dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken
 755 ausgeweitet wird.

756 **Netzpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und** 757 **Herausforderungen annehmen**

758 Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität,
 759 der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch
 760 kommen. Wir GRÜNE denken Netzpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln
 761 unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem
 762 wir die Herausforderungen und unsere Antworten skizzieren. Darüber hinaus gibt es
 763 übergreifende netzpolitische Themen, die wir voranbringen wollen.

764 **Digitalisierung in der Landesregierung**

765 Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises
766 Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der
767 Digitalisierung profitieren können und die Risiken minimiert werden. Das Thema
768 Digitalisierung ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, das
769 gilt es nachzubessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der
770 Landesregierung wahrgenommen und politisch aufgewertet werden.

771 **Open Data**

772 Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen
773 Bürger*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen.
774 So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handels und
775 ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups, Dazu gehören
776 Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir den
777 Umwelt- und Landwirtschaftsatlas <http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas> und den
778 Digitalen Atlas Nord <http://www.digitaleratlasnord.de/> ausbauen. Gleich zu Beginn
779 der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie vorlegen, die
780 konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

781 **Netzneutralität erhalten**

782 Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche
783 und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind
784 genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer*innen einen
785 Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wenn wir den Netzbetreibern gestatten,
786 differenzierte Geschwindigkeiten und Tarife anzubieten, werden sie immer ein
787 Interesse an der Verknappung der Bandbreite haben, um ihre Gewinne zu maximieren.
788 Wir wollen uns auf allen Ebenen für die Netzneutralität und gegen ein „Zwei-
789 Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer*innen priorisiert sind,
790 die mehr bezahlen können.

791 **Daten- und Verbraucher*innenschutz stärken**

792 Bei allen neuen Chancen, die das Internet bietet, bringt es auch neue
793 Herausforderungen – vor allem für Verbraucher*innen, aber auch für
794 Strafverfolgungsbehörden. Erstere wollen wir durch höchsten Daten- und
795 Verbraucher*innenschutz schützen. Hierzu gehört die Transparenz von Angeboten,
796 übergroßer Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, IT-Sicherheit ganzheitlich zu
797 denken und beispielsweise durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard
798 zu machen.

799 **Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen**

800 Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.
801 Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in
802 Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit eines öffentlichen
803 WLANs abhängen, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel
804 loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine Abschaffung der
805 Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte öffnen. Hiervon
806 profitieren nicht nur Nachbar*innen, sondern auch Flüchtlinge und die Wirtschaft.
807 Die Freifunkbewegung unterstützen wir und setzen uns dafür ein, dass
808 Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

809 **Smart Cities und Smart Regions**

810 Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen.
811 Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte

812 für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der
813 Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterchluss mit den Kommunen.

814 **Auf den Punkt**

- 815 • *wir werden* die Digitale Agenda weiterschreiben und ausdifferenzieren,
- 816 • alle technischen Daten (z.B. Geodaten) des Landes frei verfügbar machen,
- 817 • das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.

Unterstützer*innen

Kai Hennings